

---

## Citation Style: APA

---

Streeck, W. (2014). Aus der Krise nach "Europa"? Vergangenheit und Zukunft in Geschichte und politischer Ökonomie. *Journal of Modern European History*, 12(3), 299-316.

Wolfgang Streeck  
Aus der Krise nach «Europa»?  
Vergangenheit und Zukunft in  
Geschichte und politischer Ökonomie

Wenn man als Autor eines Buches die Gelegenheit erhält, auf nicht weniger als sechs Rezensionen zu antworten (JMEH 2014/1: Kim Christian Priemel, Laura Rischbieter, Werner Plumpe, Adam J. Tooze, Lutz Wingert und Jakob Tanner) so dürfte eine informelle, aber deshalb wohl nicht weniger verbindliche Etikette gelten. Erstens sollte man sich dankbar zeigen, nicht nur für den gewährten Antwortplatz, sondern auch für jede einzelne Rezension, selbst wenn sie einen ärgert: rezensiert zu werden ist ja immer noch besser als nicht rezensiert zu werden. Zweitens, wenn man sich falsch referiert fühlt, sollte man das demütig auf die eigene Kappe nehmen und so tun, als glaube man, dass der Fehler bei einem selber liegt, weil man sich nicht klar genug ausgedrückt hat. Auf keinen Fall darf man eine Retourkutsche besteigen und die Rezensenten gewissermaßen zurückrezensieren, auch wenn es einem noch so in den Fingern juckt.<sup>1</sup> Und drittens soll man sich kurz fassen, weshalb man manches liegenlassen muss, was man eigentlich hätte aufheben müssen, um nicht den Eindruck zu hinterlassen, dass man es nicht hätte aufheben können. Ich bin nicht sicher, ob es mir gelingen wird, mich in allen Punkten an diese Regeln zu halten.

### 1. Schwierigkeiten beim Schreiben einer Verlustgeschichte

Mein Buch betrachtet die Krise von 2008 im Zusammenhang einer längeren Entwicklung: der Auflösung des *post-war settlement* aus den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, des Endes des *embedded liberalism*, der *mixed economy*, des sozialdemokratischen Klassenkompromisses, der spätkapitalistischen Friedensformel – kurz, des politisch gezähmten und gesteuerten Kapitalismus der zwei bis drei Nachkriegsjahrzehnte, dem es gelang, die Katastrophen der ersten

<sup>1</sup> Und man sich wundert, welches Buch der Rezensent bzw. die Rezensentin da wohl gelesen haben mag. Dass ich hier in solchen Fällen nicht Punkt für Punkt widersprechen muss, verdanke ich dem Umstand, dass ich mich in anderen Rezensionen,

etwa der von Wingert, so zutreffend wiedergegeben finde, dass ich es mir leisten kann, weniger zutreffende Produktbeschreibungen anderer sowohl unbestritten zu lassen als auch nicht mir selber zur Last zu legen.

Hälfte des 20. Jahrhunderts zeitweilig vergessen zu machen. Krisenfreies Wirtschaftswachstum, stabile Vollbeschäftigung als Staatsaufgabe, stetig steigende Einkommen, gewerkschaftliche Vertretung am Arbeitsplatz und in der Politik, ein breiter öffentlicher Sektor, umfassende öffentliche Dienstleistungen, die kontinuierliche Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse – all das konnte für eine begrenzte Zeit von Regierungen und Arbeitgebern tatsächlich geliefert oder doch plausibel versprochen werden. Ich bezeichne diese historisch einmalige Konfiguration, von der wir heute wissen, wie begrenzt ihre Lebensdauer war, als «demokratischen Kapitalismus»: eine von egalitären demokratischen Impulsen regulierte kapitalistische Marktwirtschaft mit einem Staat, der über die Möglichkeit verfügte, in das Funktionieren von Märkten so einzugreifen, dass die von ihnen produzierte soziale Ungleichheit in Grenzen gehalten oder gar verringert wurde.<sup>2</sup> Im Buch spreche ich auch von einem Keynesianischen Kapitalismus, in dessen politischer Formel *Wachstum als Folge von Umverteilung von oben nach unten* zustande kommen sollte, im Unterschied zum neoliberalen Kapitalismus von heute, der sich Wachstum von Umverteilung *in die entgegengesetzte Richtung* verspricht.

*Gekaufte Zeit* behandelt den langen Abschied vom Kapitalismus der Nachkriegszeit, nicht eigentlich diesen selber. Beide, der Kapitalismus des «Goldenen Zeitalters» ebenso wie die ihm folgende neoliberale Revolution, sind für mich nicht Zustände, sondern Prozesse – aber als Prozess dargestellt habe ich in der Tat nur die Zeit nach der Wende, also etwa ab Mitte der 1970er Jahre. Vielleicht hätte ich meine Geschichte 1945 anfangen lassen sollen? Weil das zu lang für ein kurzes Buch gewesen wäre, habe ich es für die «Gloriosen Dreißig» bei summarischen Kurzbeschreibungen belassen – zumal ich naiverweise davon ausgegangen bin, dass jeder weiß, gerade auch jeder Historiker, dass es einen idealen Anfang nicht gibt, weil jede Geschichte immer eine Vorgeschichte hat. Damit wird der historische Teil meines Buches zu einer Verlustgeschichte,<sup>3</sup> und ich muss zur Kenntnis neh-

<sup>2</sup> Das ist natürlich eine Kurzformel. Ich staune immer wieder, welche Selbstverständlichkeiten einem unbarmherzig entgegengehalten werden, wenn man sich einer solchen aus Platz- und Zeitnot hat bedienen müssen: dass es auch damals schon Konflikte gab (!); dass der Gegenangriff auf die amerikanischen Gewerkschaften schon mit Taft-Hartley begann (Priemel); dass Schleyer bei der SS war (so Plumpe); dass der Keynes'sche Keynesianismus sich sehr bald in den Samuelson'schen Bastardkeynesianismus verwandelte usw. usw. Ich frage mich bei so etwas: glauben die wirklich, dass man das nicht weiß? Wenn ich über das *post-war settlement* schreiben würde, was ich mir in *Gekaufte Zeit* versagen musste, kämen unter anderem vor: die als Folge des Krieges überall erstarkte Arbeiterbewegung, die kommunistische Systemalternative und die

von ihr ausgehende Einschüchterung der im Krieg diskreditierten alten Eliten, insbesondere der Unternehmensführer, die Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise und die positiven Erfahrungen einer ganzen Generation von Technokraten mit der Kriegswirtschaft, der hohe Legitimationsbedarf der rekonstruierten Nationalstaaten, das Nachwirken des New Deal in den endgültig zur unbestrittenen Hegemonialmacht aufgestiegenen Vereinigten Staaten usw. usw.

<sup>3</sup> Die freilich auch dann eine wäre, wenn man die *longue durée* in den Blick nähme. Ich schätze mich glücklich, nunmehr, anders als vor zwei Jahren, auf das vorzügliche Buch von Thomas Piketty (2014) verweisen zu können, der die historische U-Kurve der Entwicklung der Ungleichheit im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts (bzw. invers: der politischen Regierbarkeit desselben) umfang-

men, dass ich mir dadurch die Gefahr eingehandelt habe, einen offenbar weitverbreiteten denunziatorischen Reflex auszulösen: Wer von Verlusten spricht, kann anscheinend nur einen Verlust «paradiesischer Zeiten» meinen<sup>4</sup> und will in Wahrheit sagen: «Früher war alles besser» (Rischbieter).<sup>5</sup> Ich halte dagegen, dass es Verluste tatsächlich gibt und es erlaubt sein muss, sie als solche zu beschreiben. Oder gilt in der Historiographie eine Verpflichtung zum Euphemismus mittels bilanzierender Abgleichung von Lebensbereichen, damit um Himmels willen auch «das Positive» zu seinem Recht kommt? Ich muss nicht darüber belehrt werden, dass in den 1960er Jahren beispielsweise die damals sogenannten «175er» ins Gefängnis mussten, während sie heute ins Standesamt dürfen. Aber ob das zu einer erklärenden Einordnung der Krise von 2008 beiträgt – und um die geht es mir ja – darf ich wohl bezweifeln.

## 2. Prozesse und Akteure

Hauptthese meines Buches ist, dass die Krise von 2008 nur im Zusammenhang einer Krisensequenz zu verstehen ist, die in den späten 1960er Jahren begann und allem Anschein nach noch längst nicht zuende ist. Genauer gesagt geht es um ein langgestrecktes Wechselspiel von Krisen und – immer nur provisorischen – Krisenlösungen, die jeweils nach etwa einem Jahrzehnt selber zum Problem wurden und durch neue (Zwischen-) Lösungen ersetzt werden mussten. Dies war so mit der *Inflation* der 1970er Jahre, die Anfang der 1980er Jahre abrupt beendet wurde, mit der auf sie folgenden *Staatsverschuldung* sowie mit der zugleich mit der ersten Konsolidierungswelle in den 1990er Jahren einsetzenden Ausweitung der *Privatverschuldung*, die dann die Krise von 2008 zur Folge hatte. Alle antworten, jeweils auf andere Art, auf unterliegende Verteilungskonflikte vor dem Hintergrund langfristig abnehmenden Wachstums, zunehmender Ungleichheit und einer kontinuierlich wachsenden Schuldenlast. Parallel dazu verlagerte sich die Arena des Verteilungs-

reich dokumentiert hat. Mein Buch befasst sich mit dem hinteren Ast der Kurve, also mit der Zeit seit den 1970er Jahren, in der die im organisierten Kapitalismus durchgesetzte politische Kontrolle über die kapitalistischen Märkte und die von ihnen erzeugten sozialen Disparitäten verloren gegangen ist und weiter verloren geht.

<sup>4</sup> In denen vermutlich alles, was glänzte, immer auch Gold war und blieb. Glücklicherweise hat einer meiner Rezensenten (Priemel) in den Archiven nachgesehen und herausgefunden, dass ich vor anderthalb Jahrzehnten – für sehr kurze Zeit – an einem Versuch teilnehmen durfte, einen Teil des deutschen Wohlfahrtsstaats, sagen wir mal: konservierend zu reparieren. Allerdings ist das von Priemel angeführte Zitat für unser damaliges Projekt nicht besonders repräsentativ: Aufgabe und Ziel war der öffnende Umbau eines Ar-

beitsmarktregimes, das hohe Dauerarbeitslosigkeit besonders von Menschen mit schlechter Ausbildung durch Stilllegung ihrer Arbeitskraft, also im Resultat durch soziale Exklusion zu bekämpfen suchte, und zwar zu so hohen (Beitrags-) Kosten, dass die Therapie der Arbeitslosigkeit selber zur Ursache weiterer Arbeitslosigkeit geworden war. Keine der Lösungen, die wir damals vorschlugen, hat es bis zur Verwirklichung geschafft. Zu Hergang und Problematik dieses Unternehmens im Lichte von *Gekaufte Zeit* habe ich mich in einem im Kürze erscheinenden Aufsatz in der *Zeitschrift für theoretische Soziologie* (2014) im Einzelnen geäußert und verweise den interessierten Leser auf diesen.

<sup>5</sup> Also im Sinne eines «Hinterhertrauern[s] der guten alten Zeit, in der angeblich alles viel schöner und besser war als in der Gegenwart» – was in der

konflikts von den industriellen Beziehungen über die Parteiendemokratie zu den Finanzmärkten, und von dort zur internationalen Finanzdiplomatie und zur Geldpolitik der Zentralbanken – ein Prozess, der von einem schrittweisen Umbau der institutionellen Architektur der demokratischen Staaten der Nachkriegszeit und ihrer Verfassungen begleitet wurde. Ich behaupte, dass am Anfang dieser Sequenz der Abfall «des Kapitals» von dem Klassenkompromiss des «Goldenen Zeitalters» nach den Unruhen der späten 1960er Jahre stand und verweise hierzu, zugegebenermaßen eher cursorisch, auf die öffentlich bekundete und von außen beobachtbare Beunruhigung der Unternehmen und ihrer Verbände zur damaligen Zeit, ihre verstärkten Organisationsanstrengungen, den Ausbau ihrer Lobbytätigkeit, den Aufbau ihnen nahestehender Think Tanks, die zahlreichen Fälle der Aufkündigung etablierter Formen der Sozialpartnerschaft (Schweden, Großbritannien) usw. usw.<sup>6</sup> Historikern muss das nicht reichen; für sie ist die Wahrheit ohnehin immer im Archiv (so lese ich Rischbieter), und in der Tat kann ich nur dazu ermuntern, dort nach Belegen für die hinter dem Ausbruch des Kapitals aus der sozialdemokratischen Nutztierhaltung stehenden Aktionen und Intentionen zu suchen; als jemand, der auch und nicht wenig über Wirtschaftsverbände geforscht hat, kann ich mit Sicherheit sagen: Da gibt es eine Menge zu finden.<sup>7</sup>

Allerdings möchte ich mir andererseits als Sozialwissenschaftler die gegenüber Historikern vielleicht provozierende Bemerkung nicht versagen, dass Prozesse wie der von mir dargestellte nicht notwendig auf aktenkundig dokumentierbare Intentionen von Akteuren zurückgeführt werden müssen und können. Viel spricht dafür, dass die Logik oder gar Direktionalität der von mir nachgezeichneten Entwicklung, einschließlich des Wandels des Steuerstaats zum Schulden- und anschließend zum Konsolidierungsstaat, eine *emergente* war und ist: eine, die für ihr Zustandekommen von den beteiligten Akteuren weder geplant noch gewollt werden musste, weil sie sich notfalls auch hinter ihrem Rücken vollzogen hätte, wenn nicht tatsächlich voll-

Wikipedia als Definition von «Nostalgie» angeführt wird. Seit Habermas in seiner Rezension von *Gekaufte Zeit* (Habermas 2013) bei mir einen Hang zu einer «nostalgischen Option» gefunden haben will, werde ich dieses Klischee wohl nie wieder loswerden. Auch in den hier zu beantwortenden Rezensionen wird von ihm Gebrauch gemacht (siehe Plumpe, der zusätzlich eine «Idylle» bei mir zu erkennen glaubt, allerdings immerhin in Anführungsstrichen). Ich komme weiter unten, im Zusammenhang meiner Antwort auf Tanner, noch einmal darauf zurück.

6 Wobei die Politik der demokratisch gewählten Regierungen durchaus ihr Teil zu dem beigetragen hat, was ich die «neoliberale Revolution» nenne. Die Verursachungszusammenhänge hier sind vielseitig, lassen sich aber durchaus auch mithilfe konventioneller Demokratietheorien ohne

große Schwierigkeiten verstehen, etwa durch Nachzeichnen der Unregierbarkeitskrise ab den 1970er Jahren und ihrer versuchsweisen Lösung durch Deregulierung und Privatisierung nach Maßgabe beispielsweise des «Dritten Wegs» von Blair und Giddens.

7 Siehe hier auch Plumpes Frage nach dem «handlungsfähigen Kapital» oder gar dem «geschlossenen Handeln» desselben. Ich dachte, ich hätte mich mit meinem zugegeben cursorischen Verweis auf Kalecki aus dem Schneider manövriert. Für mich, zugespitzt formuliert, besteht die wichtigste Form der politischen Machtausübung «des Kapitals» und seiner Verwalter darin, auf Nummer Sicher zu gehen und die ihnen von der Gesellschaft als «Eigentum» überlassenen Ressourcen entweder zeitweilig stillzulegen oder ganz und gar außer Landes zu schaffen – Markthan-

zog. Man könnte vorsichtig sagen (vorsichtig, um nicht von einem unhaltbaren Voluntarismus in einen ebenso unhaltbaren Determinismus zu verfallen), dass die unterliegende Problemstruktur, einschließlich der mit unterschiedlichen, zum Teil situativ wechselnden Machtressourcen ausgestatteten Interessenlagen der Beteiligten, in jeder der aufeinanderfolgenden Krisen das den Akteuren zur Verfügung stehende Handlungsrepertoire ebenso eingrenzte wie die der Krise jeweils vorangegangene Vor- und Teilgeschichte und die zum jeweiligen Zeitpunkt wirksamen kontingenten Umstände. Wie entstehen solche Verlaufsmuster, wie viel oder wie wenig Intentionalität brauchen sie, und wie wirken Struktur, Agentur und Kontingenz zusammen? Sozialwissenschaftler behandeln Fragen wie diese heute häufig unter dem Rubrum der Erforschung institutionellen Wandels, unter Verwendung von Begriffen wie Pfadabhängigkeit, *critical juncture* und dergleichen. Sehr weit sind wir da aber nicht. Ob wir in dieser Sache doch noch irgendwann einmal Rat und Hilfe bei sozialwissenschaftlich interessierten Historikern finden werden?

### 3. Die Krise des Steuerstaats

Vieles von dem, was Werner Plumpe in seiner dankenswert ausführlichen Rezension angemerkt hat, ließe sich, so mein Eindruck, ohne große Schwierigkeiten an mein Argument anbauen, als Elaboration und Präzisierung, und teilweise als hilfreiche Korrektur – alles *friendly amendments*. Das gilt allerdings nicht für die von Plumpe vorgeschlagene alternative Erklärung des von ihm wie von mir als krisenhaft eingestuften Phänomens der immer weiter steigenden Staatsverschuldung. Ich kann hier nicht in die Einzelheiten gehen und muss den Leser bitten, sich für diese an das Buch und einen späteren, meine Position präzisierenden Zeitschriftenaufsatz (Streeck 2014) zu halten.<sup>8</sup> Stattdessen möchte ich in Kürze drei allgemeine, meinen Überlegungen zugrundeliegende und zwischen Plumpe und mir vermut-

deln als politisches Handeln, *exit* statt *voice*. Wie wir wissen, hat das bei den Regierungen eine starke und kraftvoll zu kapitalfreundlichem Handeln ermutigende Wirkung. «Massive Verunsicherung» (Plumpe), kommuniziert durch Verbände und nahestehende Presse- und Forschungsorgane, reicht da oft schon aus: «das Kapital» «spricht» durch Klagen über allgemeines Unwohlsein, durch Attentismus, Abwanderung, sinkende Investitionsraten usw. – wenn man so will: durch gleichgerichtete Reaktionen auf weniger als den «Reservationsgewinn» versprechende politische Marktlagen, die sich dann zu den üblichen volkswirtschaftlichen Indizes verdichten. Kongressbeschlüsse gibt es auch, aber in der Regel kommen die später. Strategische Ungewissheit? Aber ja doch, und wie! Am Ende aber, wenn es drauf ankommt, aggregieren sich die täglichen Abstimmungen der Kapitaldisponenten am «Markt» zu

einer klaren und deutlichen Gesamtaussage, die niemand, der «Verantwortung trägt», sich leisten kann zu ignorieren.

<sup>8</sup> Allerdings möchte ich doch zumindest daran erinnern, dass der bei Weitem steilste Anstieg der Staatsverschuldung nach 2008 stattfand, als die Staaten die faulen Kredite des Weltfinanzsystems sozialisieren und ihre Realwirtschaften vor einem drohenden Zusammenbruch bewahren mussten; dass der Anstieg der Staatsverschuldung seit den 1980er Jahren mit einem langfristigen Rückgang der Besteuerung insbesondere von Unternehmen und Spitzeneinkommen sowie sehr bald mit einem Rückgang der allgemeinen Besteuerungsquote auf breiter OECD-Front einherging; dass es reichlich Indizien dafür gibt, dass in den liberalisierten Kapitalmärkten des globalisierten Kapitalismus Steuerflucht und Steuerhinterziehung epidemieartig zugenommen haben; und dass die

lich strittige Intuitionen deutlicher als vielleicht im Buch vortragen, auch um sie einem kritischen Test auszusetzen – in der Hoffnung, dass mir aus ihrer unvermeidlich vereinfachten Präsentation kein neuer Strick gedreht wird:

1. Den Anstieg der Staatsverschuldung allein auf eine eingefleischte Frivolität demokratischer Politik zurückzuführen greift, so behaupte ich, viel zu kurz. Mein Buch behandelt Staatsverschuldung als politisch-ökonomisches Phänomen: als eine Erscheinung *im Kapitalismus*, nicht bloß in der *Demokratie*. Im Kapitalismus geht es um die Akkumulation gesellschaftlichen Kapitals in Form privaten Eigentums; das birgt die Gefahr von Kooperationszurückhaltung bei denen, die für die Akkumulation gebraucht werden, denen das «Mehrprodukt» aber nicht gehören wird. Kapitalismus ist kein Naturzustand, sondern es gibt ihn nur als soziales Verhältnis, das auf Gegenseitigkeit beruht; wenn diese ausbleibt, erhebt sich die Frage, vereinfacht gesprochen, warum die eine Art von Leuten für die Bereicherung der anderen Art vierzig und mehr Stunden pro Woche Leistung abliefern soll. Gerechtigkeits- und Verteilungsprobleme im Kapitalismus sind nicht die Erfindung verantwortungsloser politischer Störenfriede, sondern liegen in der Natur der kapitalistischen Sache. Sie lassen sich einigermäßen beherrschen, solange hohes Wachstum den Kapitalbesitzern die Abtretung eines Teils des kollektiv erarbeiteten Zuwachses an die Nichtbesitzer erleichtert. Bei abnehmendem Wachstum, wie nach dem Ende der Rekonstruktionsphase in den 1970er Jahren, spitzt sich der Verteilungskonflikt jedoch zu, und für die Politik wird es entsprechend schwieriger, den sozialen Frieden zu gewährleisten. Die Herstellung eines politisch-gesellschaftlichen Gleichgewichts scheint dann typischerweise nur um den Preis eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts zu gelingen: seit den späten 1960er Jahren zunächst in Gestalt hoher Inflation, danach in Form rapide ansteigender, nicht-Keynesianischer (weil kumulativer) Staatsverschuldung, und anschließend mittels einer zum Exzess getriebenen Ausdehnung der Möglichkeiten zu privater Kreditaufnahme. Wie in *Gekaufte Zeit* dargelegt, können derartige Problemverschiebungen aber nicht mehr sein als Provisorien: Sie halten nur, bis das um des lieben Friedens willen herbeigeführte oder tolerierte wirtschaftliche Ungleichgewicht zu groß, das heißt: insofern kontraproduktiv wird, als es beginnt, selber zur Ursache eines gesellschaftlichen Ungleichgewichts zu werden: siehe die Inflation Ende der 1970er Jahre, die aus dem Ruder gelaufenen öffentlichen Defizite in den 1990ern und den Zusammenbruch der überdehnten privaten Finanzmärkte 2008. Dann muss ein neuer, vermutlich wiederum zeitweiliger Notbehelf gefunden werden, etwa heute das sogenannte *quantitative easing* der Zentralbanken: *politisch verantwortlich*, im Sinne einer Gewährleistung des sozialen Friedens und des Akkumulationsregimes, und

allgemein gestiegene Bodensatzarbeitslosigkeit sowie die Zunahme der ausgesonderten «Überschussbevölkerung» in zahlreichen Ländern trotz

kontinuierlicher «Reformen» des Wohlfahrtsstaats laufend hohe Sozialausgaben erfordern.

zugleich *wirtschaftlich unverantwortlich*, nämlich absehbar längerfristig selbst zur Krisenursache werdend.

2. Was die Staatsverschuldung als solche angeht, so spricht meiner Meinung nach viel dafür, dass wir es hier mit einem zusätzlichen Kausalzusammenhang zu tun haben, der von der Nutzung der Staatsfinanzen als Notnagel der sozialen Integration unabhängig ist. Auch dabei geht es um die kapitalistische Organisation wirtschaftlichen Fortschritts als Akkumulation von Kapital in Privatbesitz. Ausgangspunkt ist die von so unterschiedlichen Theoretikern wie Adolph Wagner, Rudolf Goldscheid und (dem jungen) Schumpeter geteilte Vermutung, dass mit fortschreitender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung der kollektive Aufwand für deren Ermöglichung und Absicherung zunehmen müsse – also für die Reparatur von Kollateralschäden (siehe 2008 und folgende Jahre!), die Bereitstellung und Wartung einer immer anspruchsvolleren Infrastruktur, den Aufbau des notwendigen «Humankapitals», die Gewährleistung der erforderlichen Arbeits- und Leistungsmotivation usw.<sup>9</sup> Vielleicht ist heute ja der Zeitpunkt erreicht, wo der «Steuerstaat» (Schumpeter) insofern an seine Grenzen stößt, als, mit Marx, der zunehmend vergesellschaftete Charakter der Produktion im weitesten Sinne beginnt, mit den nach wie vor privaten Besitzverhältnissen ernsthaft in Konflikt zu geraten. Könnte es nicht sein, dass die hartnäckig steigende Staatsverschuldung uns (auch) sagen will, dass der Bedarf an kollektiven Investitionen und kollektivem Konsum über das hinausgewachsen ist, was ein demokratischer Steuerstaat bei seinen Besitzbürgern bestenfalls zu konfiszieren vermag? Unter dieser Perspektive ließen sich Neoliberalismus und Privatisierung übrigens als (letztes?) Aufbäumen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegen das verstehen, was man als ihre evolutionäre Obsoleszenz bezeichnen könnte, und die mittlerweile sogar vom ökonomischen Mainstream verbreitete Parole von der sich anbahnenden «säkularen Stagnation» bekäme eine interessant erweiterte Bedeutung.

3. Verschärft wird der möglicherweise hinter der zunehmenden Staatsverschuldung stehende Konflikt zwischen dem öffentlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihres Ergebnisses durch die dramatisch gewachsenen Mobilitätschancen der großen Steuerzahler, Unternehmen wie Individuen. Als deren Folge sind die politischen Jurisdiktionen der kapitalistischen Welt gezwungen, in einen Wettbewerb um die Loyalität des großen Geldes einzutreten, der unter der Prämisse steht, dass ein Wachstum der «Wirtschaft» ebenso wie der Staatseinnahmen (nur noch) durch Investitionen anziehende Steuernachlässe erreicht

<sup>9</sup> In diesen Zusammenhang könnte, nebenbei bemerkt, auch die politische Vorsorge dafür gehören, dass steigende Lebenserwartung in einer, mit Adam Smith, «progressiven» Gesellschaft nicht mit Altersarmut bestraft wird, während gleichzeitig die Einkommen und Vermögen der *one per-*

*cent*, laufend extrahiert aus der Arbeitsleistung der *ninety-nine per-cent*, in den Himmel schießen (Plumpe, wie viele andere, spricht hier stark verkürzt von einem Problem «demografischen Wandels»).



werden kann: die zur letzten Hoffnung der Wirtschaftsförderer gewordene Laffer-Illusion. Bis jetzt ist diese allerdings genau das geblieben: zugleich mit den Spitzensteuersätzen sind auch die Wachstumsraten langfristig zurückgegangen. Schlimmer noch, parallel zum Rückgang der Besteuerbarkeit der Unternehmen sind deren Ansprüche an die nationalen und regionalen Infrastrukturen gestiegen; Unternehmen verlangen Steuersenkungen und Steuererlasse *und zugleich* besser ausgebaute Straßen, Flughäfen, Schulen, Universitäten, höhere Forschungsmittel usw. Die Folge ist eine tendenziell steigende Besteuerung der kleinen und mittleren Einkommen, etwa auf dem Weg über höhere Verbrauchssteuern und Sozialversicherungsbeiträge – insgesamt also ein immer degressiveres Steuersystem. Wo und soweit dies nicht demokratisch durchzusetzen ist, wäre ersatzweise mit einer weiteren Zunahme der Staatsverschuldung zu rechnen.

#### 4. Back to the Future?

Nun zu Bretton Woods. In *Gekaufte Zeit* erwähne ich das 1944 von Keynes und anderen entwickelte und dann für einige Zeit partiell realisierte Weltwährungsregime, um auf die wirtschaftlichen und politischen Vorzüge flexibler Wechselkurse und geldpolitischer Souveränität für lokale Teilgesellschaften («Nationen») in einer globalen kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft hinzuweisen.<sup>10</sup> Ich tue das nicht, um einer «Rückkehr zu Bretton Woods» das Wort zu reden<sup>11</sup> – schon deshalb nicht, weil dort ja, als fundamentaler Konstruktionsfehler, eine der am System beteiligten Nationalwährungen, nämlich der Dollar, als Leit- und Reservewährung eingesetzt wurde und nicht, wie es Keynes aus guten Gründen vorgeschwebt hatte, eine synthetische Währung bzw. ein Waren- oder Währungskorb. (Dieses Problem hängt uns bis heute nach; siehe die immer schärfer werdenden Auseinandersetzungen um die immer dringlichere, aber trotzdem politisch wahrscheinlich aussichtslose Ablösung des Dollar als Weltwährung.) Vor allem glaube ich nicht daran, dass die europäischen Regierungen gemeinsam den Verstand und den Willen mobilisieren könnten, den Euro rückgängig zu machen oder, besser, mit mehr interner Flexibilität («Bretton Woods») auszustatten, auch wenn dies, darauf bestehe ich nun doch, nicht nur erhebliche Vorteile mit sich brächte, sondern wohl auch «ginge». Ich verweise darauf, dass gerade kleine EU-Mitgliedsländer wie Dänemark und Schweden, die ihre geldpolitische Souveränität behalten haben, von der Schweiz gar nicht zu

10 Und nur auf diese. Sie sind übrigens, anders als einige meiner Rezensenten zu glauben scheinen, auch ohne Bindung an einen Gold- oder anderen Metallstandard zu haben.

11 Und schon gar nicht mit dem Ziel einer dauerhaften Lösung des Problems der inhärenten Ruhelosigkeit des Kapitalismus, wie es zu Recht von Priemel angesprochen wird. Soziale Ordnungen in einer kapitalistischen Gesellschaft sind immer

prekär und mit Verfallsdatum versehen; sie sind allenfalls zeitweilig stabil und müssen dann neu erfunden werden, oft nachdem sie unter der Last einer akuten Krise zusammengebrochen sind, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich an irgendeinem Punkt nichts Neues mehr erfinden lässt. Was, wenn nicht das, wäre der *cantus firmus* eines Buches wie *Gekaufte Zeit*?

sprechen, heute erheblich besser dastehen als ähnlich kleine EWU-Länder wie Portugal oder Griechenland. Auch ist von Überfällen auf die Zentralbanken geldpolitisch unabhängiger Länder seit zwei Jahrzehnten, als George Soros die Bank of England ausraubte, keine Rede mehr; stattdessen geplündert wurden die öffentlichen und privaten Haushalte der meisten Euroländer.

Mein eher rhetorisch als praktisch gemeinter Verweis auf die Vorteile anpassbarer (nicht: «floatender») Wechselkurse sollte vor allem daran erinnern, dass innerhalb einer Währungsunion eine Verbesserung der nationalen «Wettbewerbsfähigkeit» nur durch eine sogenannte «interne Abwertung» zu haben ist,<sup>12</sup> als Ersatz für und ohne Unterstützung durch eine externe Abwertung – damit ohne Beteiligung des Auslands an den Kosten, obwohl, wie mittlerweile hinlänglich bekannt sein sollte, eben diese Unterstützung in allen Fällen gelungener «Anpassung» einen unentbehrlichen Beitrag geleistet hat (Blyth 2013). Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion bleibt ausschließlich die Kürzung von Löhnen, Sozialausgaben, staatlichen Dienstleistungen usw., wie sie ihnen denn auch von den Nordländern, der Kommission, der EZB und den «Finanzmärkten» reichlich abverlangt wurden und werden. Ohne Euro, oder mit einem in Grenzen flexiblen «Euro-System», wäre das anders gewesen. Den Nordländern, den globalen Finanzinvestoren und der europäischen Büro- und Technokratie gelang es aber, im Bündnis mit den Staatsapparaten der Mittelmeerländer und den dortigen Mittelschichten jeden anderen Anpassungspfad zu versperren. Das deutsche Festhalten am Euro war dabei entscheidend und erklärt sich zwanglos aus dem Umstand, dass die europäische Gemeinschaftswährung der deutschen Exportindustrie nicht nur Fixpreise im Euroraum sichert, sondern auch eine exportfördernde Unterbewertung ihrer heimischen Währung im Weltmarkt.

Warum sind starre Wechselkurse zwischen den Euroländern gut für Deutschland, aber schlecht für Europa? Zu erwarten steht, dass die zwischenstaatlichen Konflikte innerhalb des Eurolandes nach dem Ende der Finanzkrise erst richtig anfangen werden. Die wirtschaftlichen Disparitäten werden zunehmen, als natürliche Konsequenz des in freien Märkten wirksamen Prinzips der kumulativen Bevorteilung. Anders als in den 2000er Jahren wird sich dies diesmal nicht mehr mit de facto zinslosen Krediten zudecken lassen. Als Gegenleistung für ihre Teilnahme an der Währungsunion werden die schwächeren Länder deshalb Transfers verschiedener Art verlangen, die die Nordländer jedoch nur gegen «Strukturreformen» unter externer Beaufsichtigung gewähren werden: Souveränität gegen Geld. Dabei werden den Zahlern die geforderten und erforderlichen Summen grundsätzlich zu

12 In dieser Hinsicht, und allein in dieser, kommt der Euro für die an ihm beteiligten Länder der Bindung an einen Goldstandard gleich – *pace* Toozze. Tatsächlich ist der Verlust der Kontrolle eines Landes über die externe Parität seiner Währung

innerhalb der Eurozone noch größer als er es jemals unter dem Goldstandard war, der im Hintergrund von den beteiligten Zentralbanken «gemagt» werden konnte und immer wurde (Keynes 1924; 1930).

hoch und der angebotene Souveränitätsverzicht zu gering erscheinen;<sup>13</sup> den Empfängern dagegen werden die Zahlungen zu niedrig sein und die Einmischung der Zahler in ihre inneren Angelegenheiten zu weit gehen. Dies wird die dominierende Konfliktlinie innerhalb des Eurolandes werden. Einer derart gespaltenen Gemeinschaft wird niemand beitreten wollen, es sei denn Staaten, die sich davon Zugang zu Subventionen erhoffen.

Ich gebe zu, das ist eine pessimistische Einschätzung einer Zukunft, die man natürlich nicht kennen kann. Nach Meinung von Adam Tooze ist mein Pessimismus das Resultat einer obsessiven, typisch deutschen Inflationsangst. Wenn es gelänge, so Tooze, den zu erwartenden deutschen Widerstand zu brechen und die Währungsunion in eine Inflationsunion zu verwandeln, wären die wichtigsten Probleme gelöst – *back to the future*, wenn nicht nach Bretton Woods, dann in die *roaring seventies*! Waren die nicht die hohe Zeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften? Heute, so Tooze, könnte eine neue Inflation die Schuldenberge zu Lasten der Gläubiger abtragen, insbesondere wenn man die Zinsen weiter niedrig halten würde; sie könnte gewerkschaftlicher Organisierung neue Impulse geben; und mit der Europa arm machenden Austerität und der heute bei weitem größten Gefahr, der eines Abgleitens in eine selbstverstärkende Deflation, hätte es ein Ende. Warum ist Streeck dagegen, dass die EZB sich «wie eine echte Zentralbank» verhält und unter anderem eine «unbegrenzte Garantie für öffentliche Schulden» ausspricht? Tooze's Antwort ist: weil er insgeheim der deutschen «national vision of political economy» anhängt, der «entrenched austerity culture that dominated the political scene of the Federal Republic» und die dabei ist, das große Werk der europäischen Einigung zu ruinieren?

Immerhin, das ist originell – und durchaus überraschend, bezieht es sich doch auf jemanden, der die Währungsunion, wie sie der deutschen politischen Klasse geradezu heilig ist, frivolerweise abgeschafft sehen möchte, und zwar gerade wegen der in ihr institutionalisierten Austeritätsverpflichtungen. Streeck, lese ich, fürchte die Inflation, weil er sich um «political stability» Sorge. Auch das ist eine originelle Interpretation, zumal Streeck ja am Ende seines Buches die politische Produktivität von direkten Aktionen feiert. Seite 234, auf die Tooze verweist, gibt eine solche Interpretation ohnehin nicht her, weil dort das Problem nicht normativ oder präskriptiv betrachtet wird, sondern unter dem Gesichtspunkt bestimmter wahrschein-

13 Oder kann man Deutschland doch noch dazu bekommen, nach Kohl'scher Art am Ende die Rechnung zu begleichen, «aus historischen Gründen» oder weil Deutschland doch «der größte Nutznießer des Euro» ist? Da gibt es mehrere Probleme: dass Deutschland dafür nicht groß genug ist; dass es selber in den «Neuen Ländern» noch lange erhebliche regionalpolitische Lasten zu tragen ha-

ben wird; dass es seine Bevölkerung gerade einer fiskalischen Konsolidierungskur mithilfe einer «Schuldenbremse» unterzieht; und dass nicht auf ewig damit gerechnet werden kann, dass die deutschen Wähler sich einer «europäischen Idee» in Gestalt einer unter der Hand zur Transferunion mutierten Währungsunion verpflichtet fühlen werden.

licher Folgen einer «von oben» verordneten Inflationswelle. Darüber, was diese wären, kann man streiten. Allerdings bleibt wahr, dass die Zahl der Bezieher von fixen Transfereinkommen, die unter einer Inflation als erste leiden würden, heute weit höher ist als in den 1970er Jahren.<sup>14</sup> Aber das ist nicht die Hauptsache. Dass wir nicht schon längst eine Inflation von, sagen wir, fünf bis sieben Prozent haben, liegt ja wahrhaftig nicht daran, dass niemand versucht hätte, sie in Gang zu bringen. Im Gegenteil drucken die Zentralbanken derzeit Geld, als gäbe es kein Morgen, und trotzdem rührt sich nichts – siehe Japan! Ich erkläre das unter anderem damit, dass man die Gewerkschaften, die man in den 1980er Jahren mit Erfolg zu brechen begonnen hat, nicht einfach, wenn man sie braucht, nach Belieben wiederbeleben kann. Hinzuzufügen wäre, dass die sich steigernde ungleiche Einkommensverteilung, die unter anderem ebenfalls Folge der Ausschaltung der Gewerkschaften ist, offenbar die Nachfrage so geschwächt hat, dass das von den Zentralbanken produzierte frische Geld im Finanzsektor hängenbleibt, von dort aus eine in den offiziellen Statistiken unsichtbare Inflation der Preise von Aktien und Vermögenswerten antreibt und dabei Blasen aufbaut, die uns wie 2008 jederzeit ins Gesicht platzen können.

Wie bei so vielen anderen Patentrezepten, die heute der Welt zur Kenntnis gemacht werden, vermisste ich auch bei Toozes Inflationsgemeinschaft ein Gefühl dafür, dass eine Lösung nur dann eine ist, wenn sie auch plausible Aussagen darüber enthält, auf welchem Weg man zu ihr gelangt.<sup>15</sup> Wenn «die Deutschen» tatsächlich so stabilitätsbesessen wären, wie Tooze sie darstellt, dann müsste man doch eine Vorstellung davon haben, wie man sie (und ihre mutmaßlichen holländischen, finnischen, österreichischen usw. Verbündeten) bei der Umwandlung der Währungsunion in eine Inflationsgemeinschaft zur Seite drängen will. Es gibt die Deutschen ja, vielleicht leider, aber es gibt sie; sie sind, wie sie sind; und sie haben Interessen, die man, wenn man sie nicht berücksichtigen will, übergehen können muss. Wie? Durch einfaches Überstimmen im EZB-Zentralrat? Dummerweise gibt es aber in Deutschland (und in den Niederlanden, in Finnland usw.) Wahlen und eine gewählte Regierung, neben nicht wenigen Erwerbspersonen, wie das so schön heißt, deren Arbeitsplätze und Einkommen vom Export abhängig sind.<sup>16</sup> Mit Zer-

14 In einer ähnlichen Lage wären übrigens auch die Bezieher eben der privaten («defined benefit») Renten, die in den Reformen der 1990er und 2000er Jahre von denselben Regierungen an den Mann bzw. die Frau gebracht wurden, die heute eine neue Inflation beschließen sollen.

15 Deshalb vor allem betrachte ich meinen Verweis auf «Bretton Woods», wie dargelegt, auch nicht als konstruktiven Lösungsvorschlag – für ihn gäbe es in der mir bekannten Welt keine spezifizierbare Agentur. Aus diesem Grund werden wir

die Währungsunion zu unser aller Schaden unbegrenzt werden ausbaden müssen, allerdings dann immerhin wissend, was uns fehlt.

16 Das ist übrigens der alles andere als unverständliche Grund für die «Stabilitätsbessenheit» gerade auch der deutschen Gewerkschaften. Kostensteigerungen im Inland können sich heute umgehend in eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland übersetzen, insbesondere natürlich in der industriellen Fertigung. Deutschland ist nun einmal noch immer das am stärksten industrialisierte Land der Welt.

reißproben wäre jederzeit zu rechnen. Wäre es da nicht besser, jeder ginge seinen eigenen Weg? Wer Inflation braucht, soll sie haben können (und dann abwerten); und wer sie nicht brauchen kann, soll sie nicht haben müssen (und sich durch die dann folgende Aufwertung seiner Währung dazu anhalten lassen, es mit dem Exportieren nicht zu toll zu treiben).

Schließlich, und das ist das für mich Überraschendste, vermisse ich bei Tooze, immerhin ein professioneller Historiker, ein Gefühl für historische Zusammenhänge.<sup>17</sup> Die 1970er Jahre waren ja eine Zeit nicht nur zunehmender Inflation, sondern auch steigender Arbeitslosigkeit und abnehmenden Wachstums. Auch wenn man die in einer Inflation, zumindest einer nach Art der 1970er, anfänglich stattfindende Umverteilung von Geldbesitzern zu Arbeitnehmern und von Gläubigern zu Schuldern schätzt, sollte man doch nicht vergessen, dass Geldbesitzer und Gläubiger sich wehren können – übrigens heute, in einer globalen Wirtschaft, mehr denn je. Geld wandert ab in stabilere Gefilde, Kredite gibt es nur noch zu prohibitiven Zinsen, und wie kein Geringerer als von Hayek (1967 [1950]) überzeugend dargelegt hat, bewirkt Inflation eine über die Zeit zunehmende Verzerrung relativer Preise, die den Kapitaleignern und –verwaltern die Lust am Investieren verdirbt. Auch das haben wir ja in den *roaring seventies*, der Epoche nicht nur der Inflation, sondern auch der «Stagflation», erleben können – einschließlich der dann folgenden «Stabilisierung» durch die US-amerikanische Zentralbank 1979 (nicht durch «die Deutschen»!) und des Beginns der monetaristisch-neoliberalen Revolution. Haben wir damals nicht gelernt, dass Inflation, und so sage ich das in *Gekaufte Zeit*, nur befristet die Lösung einer Systemkrise – durch verteilungspolitische Richtig- bzw. Gerechtstellung von Marktergebnissen – sein kann, bis sie selber, wie gesagt, eine Systemkrise erzeugt und durch eine neue Lösung, die aber wahrscheinlich auch wieder nur eine provisorische sein kann, ersetzt werden muss? Warum, muss Tooze sich (von mir) fragen lassen, sollte das heute, bei einer Rückkehr an den Anfang der von mir beschriebenen Krisensequenz, anders sein?

sierte Land in Europa – das heißt mit den anteilmäßig meisten verlagerbaren Arbeitsplätzen. Dies allein lässt die immer wieder zu hörenden Aufrufe, «die Deutschen» sollten dafür sorgen, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht überhand nimmt, durchaus lächerlich erscheinen.

<sup>17</sup> So hält Tooze mir vor, ich wolle meinem heraklitischen Credo zum Trotz zweimal in denselben

Fluss steigen, indem ich zurück nach «Bretton Woods» wolle (ebenso Plümpe: «Er will stattdessen wieder zurück...»). Das will ich aber, wie gesagt, nicht. Tooze dagegen möchte zurück in die 1970er Jahre, woraus zu entnehmen ist, dass er das erstens für möglich hält und zweitens deren dickes Ende (siehe unten) vergessen hat.

### 5. Ein «bemerkenswerter intellektueller Schrumpfgang ... mit Vergangenheit geflutet»

Starke, ja sprachgewaltige Metaphern, bezogen auf die letzten Kapitel meines Buches. Nach kurzem, aber zutreffendem und zustimmendem Referat einiger meiner Kernthesen lässt Tanner seinem Ärger zuerst über meinen Umgang mit Hayek und dann (und viel) über meine Skepsis in Bezug auf die laut Habermas heute zur Erprobung anstehenden «neuen Möglichkeiten einer national entgrenzten Demokratie auf europäischer Ebene» freien Lauf. Was Hayek angeht, so weiß ich auch nach langem Grübeln nicht genau, was der Kollege eigentlich hat; irgendwie scheint ihm mein eigentlich doch leicht als ironisch erkennbarer Gebrauch des Wortes «Volk», wie in «Staats»- bzw. «Marktvolk», in die Quere gekommen zu sein, vielleicht weil ihm dieses Wort als nicht hinreichend auf Diversität durch Immigration ausgelegt oder gar xenophob erscheint. (Tanners anschließender langer Vortrag zum Thema *Das Staatsvolk und die Fremden*, dessen Bezug zu *meinem* Thema sich mir nicht recht erschließen will, weil ich über die ethnische oder sonstige Zusammensetzung meiner beiden «Völker» ja überhaupt nichts sage, würde dafür sprechen.) Ich muss gestehen: Mir sind verfassungsrechtliche Begriffe wie «deutsches Volk», «Schweizervolk» oder «the American people» grundsätzlich unverdächtig, weil es mir auf ihre Ausgestaltung – auf die Konstituierung des jeweiligen «Volkes» – ankommt, nicht auf das Wort als solches. Und als *captatio benevolentiae* darf ich vielleicht anschließen, dass mir Herr Blocher und die Seinen ebenso herzlich unsympathisch sind wie, da bin ich mir sicher, Herrn Tanner.

Nun aber zu Hayek und meinem «intellektuellen Schrumpfgang». Bis «Auch Streeck vertritt normativ den Primat des Politischen» scheint alles in Ordnung. Dann aber beginnt die Schrumpfung, die darin bestehen soll, dass Streeck «mit der Doppelung des Volksbegriffs den «Bürger» und den «Investor» auf dieselbe Ebene (hebt)». Das Problem ist aber, dass er das nun gerade nicht tut, sofern damit eine normative Setzung gemeint ist, wie sie Tanner hier wohl zu erkennen glaubt – sondern Streeck beschreibt *und beklagt* dieses «Auf-dieselbe-Ebene-Heben», diese «Symmetrisierung» (Tanner) *als einen tatsächlichen Vorgang*, der im Schuldenstaat eintritt und von der gegenwärtigen *empirischen* Theorie der Demokratie zu deren Schaden nicht hinreichend zur Kenntnis genommen wird. Und dass das «Staatsvolk» – man hätte auch «Wahlvolk» sagen können – national organisiert ist und das «Marktvolk» (oder auch «Gläubiger»-, «Anleger»- oder «Kaufvolk») international,<sup>18</sup> das ist nun mal heute und noch sehr lange und vielleicht sogar immer so und wird auch dadurch nicht anders, dass man die Benennung dieses Umstands als «intellektuellen Schrumpfgang» – darf ich sagen: diffamiert?

18 Oder, mit Habermas, auch wenn ihm das nicht gefallen wird: dass die Lebenswelten und Lebensweisen der Menschen partikularistisch-lokal-

national sind und die Systemwelt der Finanzen universalistisch-global-international.

Als nächstes lese ich bei Tanner, dass ich Hayek falsch verstanden habe, nachdem ich ihn im Absatz davor noch richtig verstanden hatte. Was nun falsch sein soll, ist meine Deutung des Aufsatzes von 1939,<sup>19</sup> in dem Hayek darlegt, dass man eine internationale Föderation nur haben kann, wenn man bereit ist, auf politische Korrekturen von Marktergebnissen zu verzichten, und dass ein Liberaler schon aus diesem Grund für eine solche Föderation sein muss, zumal sie auch noch der einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden ist. Ich habe diesen Aufsatz ausführlich zitiert – jeder kann und sollte das nachlesen – um die hinter der Transformation der Europäischen Union einschließlich der Europäischen Währungsunion in eine Liberalisierungsmaschine stehende institutionelle Logik herauszuarbeiten. Tanner passt das wohl nicht, vielleicht weil ihm die von Hayek freudig postulierte Notwendigkeit einer Wahl zwischen internationaler Integration und interventionistischer Wirtschafts- bzw. Verteilungspolitik nicht passt. So hält er mir vor, dass Hayek «aber auch» geschrieben habe, «dass es innerhalb eines solchen Mehrebenensystems nach wie vor einen breiten Spielraum für Wirtschaftspolitik gebe». Aber wo steht das, und wie soll dieser «breite Spielraum» nach Hayek aussehen? Der Rezensierte sucht nach einem Zitat: oder wenigstens nach einer Seitenangabe: nichts. Anschließend gibt es Stellen, an denen mir Erkenntnisse vorgehalten werden, bei denen mir nur einfällt: na das sage ich doch, und andere, in denen mir dieselben Erkenntnisse zum unklaren Vorwurf gemacht werden. Irgendwie läuft alles darauf hinaus, dass man aus irgendwelchen, möglicherweise volkspädagogischen Gründen um Himmels willen nicht sagen darf, dass Globalisierung und Internationalisierung in ihrer gegenwärtigen Form (und eine andere als diese haben sie ja *gegenwärtig* nicht) überwiegend entdemokratisierende, «die Märkte» gegenüber den «Lebenswelten» privilegierende Folgen haben. Aber wenn es doch so ist?

Tanner endet, indem er mit Habermas fordert, in einem »kühnen politischen Vorgriff auf künftige Möglichkeiten [...] der Nutzung der Zukunft als Problemverschiebebahnhof mittels Schuldenwirtschaft ... neue Formen der Demokratie [entgegenzusetzen]«. Wie diese «neuen Formen» aussehen sollen, zumal auf europäischer Ebene, wird freilich nicht einmal angedeutet – und wer sie wie ich zumindest in Umrissen sehen möchte, bevor er die alten Formen auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen bereit ist, wählt – na was schon?, die «nostalgische Option» (Habermas). Aber müsste man als postnationaler Visionär nicht vielleicht doch mehr abliefern als wohlfeile Wortseifenblasen nach Art von Tanners «regional dissipierte[r] (?) und zugleich transnationale[r] Mehrebenen-Demokratie»? Was Habermas angeht, so habe ich in meiner Antwort auf seine Rezension meines Buches die real existierenden Hindernisse für einen raschen, *auf die gegenwärtige Krise antwortenden* Übergang zu einer europäischen Demokratie noch einmal ver-

<sup>19</sup> Und nicht, wie Plumpe schreibt, «aus der späten Kriegszeit».

tieft dargelegt (Streeck 2013), zusätzlich zu dem, was auf den Seiten 240–246 von *Gekaufte Zeit* steht. Ich tue das hier nicht noch einmal, auch weil ich gelernt habe, dass es die Anhänger dessen, was man die «europhorisierte Option» nennen könnte, überhaupt nicht interessiert.<sup>20</sup> Die reale Welt und das reale Kriseneuropa sind einfach kein Argument, wenn es um etwas so Schönes und Gutes wie «neue Formen der Demokratie» und die möglichst zügige Abschaffung des Nationalstaats geht.<sup>21</sup> Ebensovienig interessiert die von mir immer wieder vergeblich angemahnte Unterscheidung zwischen «Europa», oder gar der «europäischen Idee», einerseits und dem Euro und der Europäischen Währungsunion andererseits: Letztere ein selbst nach Ansicht ihrer militantesten Verteidiger gründlich misslungenes internationales Geldregime, das niemals mehr als nur einen kleinen Teil Europas umfassen wird und für die heftigsten Konflikte zwischen den europäischen Völkern seit Ende des Zweiten Weltkriegs verantwortlich ist. Es mag dahinstehen, ob Habermas recht hatte, als er den Deutschen zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung vorwarf, sie hingen einem «D-Mark-Nationalismus» an; umso erstaunlicher muss erscheinen, mit welchem Enthusiasmus er und die Seinen sich heute auf europäischer Ebene in einen Euro-Patriotismus hineinsteigern, der die «Sakralisierung Europas» (Hans Joas) als Sakralisierung seiner Währung zelebriert.

Nicht weniger erstaunt, wie die Vagheit des euphorisch Gewünschten es zulässt, dass dieses von interessierter Seite mit Prämissen aufgeladen wird, von denen man nicht geglaubt hätte, dass man sie links von der Mitte ungefragt in Kauf nehmen würde. So findet sich die autoritäre Rede vom in Europa nötigen «Durchregieren» ja nicht nur bei Angela Merkel, sondern auch in dem von Habermas zusammen mit dem Ökonomen Bofinger und dem SPD-Philosophen Nida-Rümelin 2012 verfassten «Einspruch gegen die Fassadendemokratie»: «Eine Souveränitätsübertragung auf Europäische Institutionen ist ... jedoch unvermeidlich, um *Fiskaldisziplin wirksam durchzusetzen*» (Hervorhebung von mir, WS). Nicht weniger bemerkenswert ist, wie selbstverständlich als Gegenprojekt zur sogenannten «Kleinstaaterei» derjenigen, die das vereinte Europa von heute für eine technokratische Liberalisierungsmaschine halten, ein weltweit satisfaktionsfähiger europäischer Großstaat – um nicht zu sagen: eine europäische Groß- oder gar Weltmacht – ins gefährliche

20 Statt auf Argumente einzugehen, ergeht sich Ulrich Beck in Zusammenhang mit einem gemeinsam mit anderen erlassenen, von der Allianz-Stiftung gesponserten Aufruf zur Europawahl in innerstaatlichen Feinderklärungen: «In Europa tobt eine anti-europäische Revolution der rechten und linken Rechten» (Hervorhebung von mir, WS). Die Verwandlung des «Risikosoziologen» (FAZ) in einen Spezialisten für *counterinsurgency by denunciation*?

21 Wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren

kann, dass wenigstens in Deutschland – vielleicht aber auch in Teilen der Schweiz? – die Abschaffung der Nation vor allem aus nationalen Gründen betrieben wird. In der wirklichen Welt würde eine Entnationalisierung Europas zum Zweck der Entsorgung Deutschlands als peinlicher Nation schon an den Griechen, Iren, Polen usw. scheitern, für die «Europa» nicht zuletzt eine langersehnte institutionalisierte Garantie ihrer unabhängigen nationalen Existenz ist.



Spiel gebracht wird, etwa wenn Bofinger, Habermas und Nida-Rümelin ihr Manifest wie folgt enden: «Die europäischen Bevölkerungen [...] müssen ihre Kräfte bündeln, wenn sie überhaupt noch auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme Einfluss nehmen wollen. Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte.» Bin ich der einzige, dem die Parallelität mit Max Webers verhängnisvoller Vorstellung von einer kulturellen Verpflichtung Deutschlands aufgefallen ist, sich zu einem «Machtstaat» zu entwickeln – nur eben diesmal eine Ebene höher (Streeck 2013, 90)?

Ein Gutes hatte es für mich, von den *aficionados* der Währungsunion als Nostalgiker denunziert zu werden: Es hat meine lange latent gebliebene Überzeugung ans Licht gefördert und gefestigt, dass der zentralisierte Großstaat mit zentralisiertem Geldregime nicht das einzig denkbare Zukunftsmodell für die Stadt und den Erdkreis sein darf und dass es sich lohnt, über neue Formen nicht nur der Demokratie, sondern auch der Dezentralisierung zur Erhaltung von Vielfalt, *requisite variety*, systemischer Flexibilität und lokaler Selbstbestimmung nachzudenken. Das bedeutet auch, dass es beim Nachdenken über eine künftige globale Wirtschafts- und Politikverfassung weniger um die *Abschaffung* von Grenzen gehen sollte als um ihre kluge *Ausgestaltung und Nutzung*. Eine Welt ohne Grenzen wäre nämlich unregierbar, auf jeden Fall demokratisch unregierbar. Gerade ein globales System braucht Schotten, Puffer, Kontakt- und Spannungsunterbrecher, *circuit breakers*, Isolierwände, die verhindern, dass lokale Unfälle sich zu Systemkatastrophen ausweiten. Selbstverständlich bedeutet das auch «Protektionismus»<sup>22</sup> – wofür, wenn nicht unter anderem zum *Schutz* von Menschen und ihren Lebensweisen, sollte es denn überhaupt Staaten geben? Europa mit seinen vielfältigen ererbten Unterteilungen könnte ein Experimentierfeld zur Erkundung eines wünschbaren Verhältnisses zwischen Allgemeinem und Besonderem und der Überlebensbedingungen dezentralen Eigenlebens in einer Welt fortschreitender «Globalisierung» sein. Die Währungsunion aber *transformiert horizontale Vielfalt in vertikale Ungleichheit*, weil sie alles nach einem einzigen universellen Maßstab bewertet, dem einer alle anderen Ordnungen durchdringenden kapitalistischen Geldordnung.<sup>23</sup> Damit wird die Möglichkeit verschenkt, die heute befriedeten europäischen Nationalstaaten zum Ausgangspunkt eines produktiven Nachdenkens über eine zukünftige globale Staatlichkeit zu machen, die, mit Scharpf, «autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich» zugleich zu sein hätte. Dies muss nicht notwendig gelingen, aber es würde sicher scheitern, wenn

22 Einschließlich, Schreck lass nach!, «Kapitalverkehrskontrollen» – zu Eindämmung der von Priemel erwähnten «Flüchtigkeit des Kapitals». Wer die in einer finanzialisierten Welt nicht will, soll ehrlicherweise aufhören, von umverteild-egalitären politischen Interventionen daherzureden.

23 So kommt es dann dazu, dass ein stimmungskundiger Stimmenfänger wie Berlusconi, Großmeis-

ter der Fokusgruppen, seinen Europawahlkampf mit dem Slogan «Più Italia, meno Germania» (für die Nicht-Europäer: «Mehr Italien, weniger Deutschland») führen kann – unter moralisierendem Aufgeschrei der deutschen «Europa»- bzw. «Eurofreunde», für die so etwas «nicht in einen Wahlkampf gehört».

diejenigen, die für ein solches Nachdenken auch gebraucht werden, sich heute in das Wolkenkuckucksheim einer «europäischen Demokratie» absetzen und die einzige derzeit noch halbwegs demokratiefähige politische Organisationsform, den Nationalstaat, den Geisterfahrern von der AfD und Leuten wie Blocher oder Le Pen überließe, um am Ende die Inbesitznahme der von ihnen geräumten nationalen politischen Architektur durch diese als Beweis für die Unbewohnbarkeit eben jener Architektur anzuführen. Jeder sollte wissen: Das kann richtig ungemütlich werden.

#### *Literatur*

- Blyth, Mark, 2013: *Austerity: The History of a Dangerous Idea*. Oxford: Oxford University Press.
- Habermas, Jürgen, 2013: Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Vol. 58, No. 5, 59–70.
- Hayek, Friedrich A., 1967 [1950]: Full Employment, Planning and Inflation. In: *Studies in Philosophy, Politics, and Economics*. Chicago: The University of Chicago Press, 270–279.
- Keynes, John Maynard, 1924: *Monetary Reform*. New York: Harcourt, Brace and Company.
- Keynes, John Maynard, 1930: *A Treatise on Money*. New York: Harcourt, Brace and Company.
- Piketty, Thomas, 2014: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Streeck, Wolfgang, 2013: Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas. *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Vol. 58, No. 9, 75–92.
- Streeck, Wolfgang, 2014: The Politics of Public Debt: Neoliberalism, Capitalist Development, and the Restructuring of the State. *German Economic Review*. Vol. 15, No. 1, 143–165.

## ABSTRACTS

**From Crisis to «Europe»?****The Past and the Future in History and Political Economy**

I comment on six reviews of my book, *Gekaufte Zeit*, as published in the last issue of the *Journal of Modern European History*. My subjects are: how to write the history of a loss while avoiding being accused of «nostalgia»; how to take into account structure, agency and contingency when dealing with processes of patterned historical development and institutional change; how the «crisis of the tax state» might be related to the capitalist class conflict; why the crisis of the European Monetary Union will probably be with us for a long time to come, and why certain proposed solutions are not solutions at all; and what is to be made of the idea of a de-nationalized Pan-European democracy as a practical answer to that crisis.

**Aus der Krise nach «Europa»?****Vergangenheit und Zukunft in Geschichte und politischer Ökonomie**

Ich antworte auf sechs im *Journal of Modern European History* erschienene Kritiken meines Buches *Gekaufte Zeit*. Themen sind: Dass man eine Verlustgeschichte sollte schreiben können, ohne der «Nostalgie» verdächtigt zu werden; wie Struktur, Agentur und Kontingenz bei der Erklärung von historischen Entwicklungsprozessen gemeinsam zu berücksichtigen sind; wie die «Krise des Steuerstaats» mit dem kapitalistischen Klassenkonflikt zusammenhängen könnte; warum die Krise der Währungsunion wahrscheinlich noch sehr lange anhalten wird und gewisse Patentlösungen jedenfalls keine sind; und was von einer entnationalisierten gesamteuropäischen Demokratie als Antwort auf diese Krise zu halten ist.

**Wolfgang Streeck**

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Paulstraße 3

50676 Köln

e-mail: ws@mpifg.de